



ROTSTIFT

Ausgabe 51

Mitteilungsblatt des SPD-Ortvereins Pappenheim

Jahreswende 2004/2005

Aus Liebe – auch zum Pappenheimer Stadtwald

In Pappenheim hätte es mit 10,77 Prozent der Wahlberechtigten gereicht, in Mittelfranken unterschrieben gar 11,6 Prozent das Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ – aber bekanntlich ist es mit bayernweit nur 9,3 Prozent Unterstützern knapp gescheitert. So wird die „Forstreform“ Mitte 2005 in Kraft treten.

Ich möchte Ihnen an Hand einiger Zahlen verdeutlichen, was die Forstreform unter anderen für die Stadt bringt.

Die Stadt hat einschließlich des so genannten Rechtlerwaldes von Göhren und Ochsenhart rd. 1.100 ha Wald. Die Beförsterung (Betriebsleitung und Betriebsausführung) wurde bis 1997 vom Staat unentgeltlich durchgeführt.

Seit 1.7.1998 bezahlt die Stadt Pappenheim für die Beförsterung rund 11.000 Euro, ab Januar 2005 werden ihr rund 16.100 Euro in Rechnung gestellt. Ab 1.1.2007 steht die nächste „Anpassung“ ins Haus, denn die Entgelte sollen spätestens in 12 Jahren kostendeckend sein.

Das Volksbegehren im Auge, hat nun die bayerische Staatsregierung mit dem Gemeindegtag einen Pakt für den Kommunalwald geschlossen. Er sieht vor, dass die Beförsterungsver-

pflichtung des Staates bis 2010 bestehen bleibt und unter „kostendeckend“ nur 60 Prozent der Personalkosten verstanden werden. Das heißt, dass bis 2010 der Staat 40 Prozent der Personalkosten übernimmt. Ab 2010 kann der Staat die Beförsterung ablehnen. Dann muss die Stadt eigenes Personal anstellen und voll bezahlen.

Der Städtetag, dem Pappenheim ebenfalls angehört, hat diesen Pakt nicht unterzeichnet. Er vertritt unter anderem die Auffassung, der bayerische Staat müsste die Personalkostenzuschüsse über 2010 hinaus gewähren. Dies ist auch meine Meinung.

Der Wald kann nicht wie ein Industriebetrieb nur nach wirtschaftlichen, gewinnorientierten Gesichtspunkten betrieben werden. Der Wald hat viele Funktionen: Erholung, Klimaschutz, Hochwasser- und Erosionsschutz, Trinkwasserspeicher, um nur einige zu erwähnen. Wir kritisieren die Abholzung des Regenwaldes in Südamerika, sammeln Spenden dafür und schauen zu, wie unser heimischer Wald verkommt bzw. verodet. Es darf doch auch nicht sein, dass die Gemeinden, die Wald besitzen, die Gesamt-

lasten für eine vorbildliche ökologische Bewirtschaftung des Waldes alleine tragen! Hier ist eben der Staat auf Dauer mit gefordert. Parteipolitik darf dabei keine Rolle spielen.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel nennt in einem Schreiben an den Staatsminister Huber die Forstreform fachlich falsch und politisch unklug und äußert eine weitere Sorge, die uns kommunale Waldbesitzer betrifft: Der künftige gewinnorientierte Staatsforstbetrieb kann alle Förderprogramme für Waldbesitzer in Anspruch nehmen. Der Staatsforst werde die zu 50 Prozent von der Europäischen Union kommenden Finanzhilfen zum großen Teil abschöpfen. Für die Gemeindewälder und Privatwaldbesitzer bliebe weit weniger übrig als bisher. So weit darf es nicht kommen! Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ein gesegnetes Weihnachtsfest mit einem Christbaum aus dem noch gut gepflegten bayerischen Wald.

Ihr Bürgermeister
Peter Krauß

Bayern

SPD

Bessere Bildung für Bayern durch Chancengleichheit – helfen Sie mit!

Wie? Senden Sie eine Petition an den Bayerischen Landtag, unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift folgende Forderungen:

Keine offenen oder verdeckten Schulgebühren – weg mit dem Büchergeld!

Die CSU-Staatsregierung hat die Schulwegkosten-Zuschüsse gekürzt und mit der Einführung des Büchergelds die Lernmittelfreiheit fast abgeschafft. Fordern Sie die Staatsregierung auf, die Kostenfreiheit der Schule wieder herzustellen, damit die immer größere Belastung der Familien gestoppt wird. Eltern zahlen viel Geld für die Schule. Das Büchergeld führt gerade in Familien mit geringeren Einkommen zu finanziellen Problemen. Die Einführung von Büchergeld ist nur der erste Schritt, die Lernmittelfreiheit auszuhöhlen.

Mehr Geld für Bayerns Schulen – für kleinere Klassen und mehr Lehrer,

damit unsere Kinder in der Schule mehr Zeit haben zum Lernen und Üben. Dafür brauchen sie kleinere Klassen und mehr Lehrer und Lehrerinnen. Die Verlagerung der Schule nach Hause durch immer mehr Hausaufgaben belastet die Familien in immer stärkerem Maße. Damit unsere Kinder in der Schule früher und besser gefördert werden und ihre Stärken und Schwächen besser berücksichtigt werden, sind kleinere Klassen nötig. Der verstärkte Leistungsdruck in den Schulen schadet der Entwicklung der Kinder und gefährdet einen guten Schulerfolg.

Gleiche Unterstützung für alle – Einführung von echten Ganztagschulen!

In keinem anderen Bundesland bestimmt die Herkunft die schu-

liche und berufliche Laufbahn der Kinder mehr als in Bayern. Damit nehmen wir vielen Kindern die Zukunftschancen. Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob Kinder in kleineren Klassen individuell gefördert werden, eine professionelle Hausaufgabenbetreuung erhalten und am Ende der Schule alle Wege offen sind. Deshalb fordern wir die bedarfsgerechte Ganztagschule.



Mehr Lehrerinnen und Lehrer an die Grund-, Haupt-, Realschulen, an Gymnasien und Berufsschulen!

Fallen an der Schule Ihrer Kinder Wochenstunden wegen Lehrermangels aus? Ist auf Grund der angespannten Personalsituation eine Vertretung nicht mehr möglich? Die Folge: Kinder haben einen kaum aufzuholenden Rückstand im Lernstoff der betroffenen Fächer. Eine Nachhilfe für die Kinder können sich aber viele der Eltern nicht leisten!

Wird in der Schule Ihrer Kinder keine qualifizierte Mittagsbetreuung angeboten?

Fordern Sie von den Mitgliedern des Bayerischen Landtags, sich dafür einzusetzen, dass die Schule genügend Mittel zugewiesen bekommt, um eine professionelle Mittagsbetreuung anzubieten.

Nur Einigkeit macht stark – das hat das knapp gescheiterte Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ erneut gezeigt. In Mittelfranken hat es mit einer Beteiligung von 11,6 Prozent locker die Zehn-Prozent-Hürde genommen. Suchen Sie sich daher beim Thema „Bildung“ für Ihr Kinder genügend Verbündete – und die richtigen!

Das bayerische Bildungssystem reformieren!

„Gute Bildung darf nicht länger von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, erklärt die Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes, Landtagsabgeordnete Christa Naaß zum Ergebnis der neuen weltweiten PISA-Studie. Danach ist der Schulerfolg in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat so von Einkommen und Vorbildung der Eltern abhängig wie in Deutschland, ganz besonders in Bayern. Deshalb fordert die Landtags-SPD für Bayern sowohl Soforthilfen für die Schulen als auch grundlegende Reformen im bayerischen Bildungssystem.

Als vordringlich bezeichnet Christa Naaß in Bayern die Schaffung zusätzlicher Lehrerplanstellen, um eine bessere individuelle Förderung der Kinder in allen Schularten zu ermöglichen. Verbessert werden müssen ebenso die vorschulischen Angebote an Kindertagesstätten. „Vor allem muss das letzte Kindergartenjahr kostenfrei und verpflichtend gemacht werden“, erneuert die Abgeordnete die seit Jahren von ihrer Fraktion erhobene Forderung.

„Zu den wichtigsten Reformen im Bildungsbereich gehört in Bayern die bedarfsgerechte Einführung der Ganztagschule als zusätzliches Angebot zu den bisherigen Schulen – ein SPD-Vorschlag, dem jetzt die bayerischen Grünen gefolgt sind und der sich eines Tages auch bei der CSU wiederfinden wird“, betont Christa Naaß. Um bessere Bildungschancen zu gewährleisten, gehört eine sechsjährige gemeinsame Grundschulzeit zu den zentralen Forderungen der Landtags-SPD, die sich im kürzlich vorgelegten bildungspolitischen Konzept „Keiner darf verloren gehen“ zusammen gefasst sind.

Das Diskussionspapier findet sich im Internet unter <http://www.spd-landtag.de/> oder kann auch über das Abgeordnetenbüro bezogen werden: Tel. 09831-612996.

ServicePlus-Dienstleistungsgesellschaft der Krankenhäuser

Die Wettbewerbsfähigkeit der beiden Kliniken unseres Landkreises für die Zukunft hat nach Auffassung der SPD-Mitglieder des Verwaltungsrates oberste Priorität. Wir teilen die Auffassung von Ernst-Otto Stüber, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände: „Die Reform (Anm.: des Tarifrechtes im öffentlichen Dienst) ist überfällig. Arbeitszeitflexibilisierung, stärkere leistungs- bzw. erfolgsorientierte Bezahlung und mehr Gestaltungsspielräume vor allem für die kommunalen Unternehmen im Wettbewerb sind dringender denn je.“

Am 13.10.2004 hat der Verwaltungsrat der Krankenhäuser Weißenburg und Gunzenhausen beschlossen, eine ServicePlus-Dienstleistungsgesellschaft zu gründen. Künftig soll das Personal der Kliniken bei dieser Gesellschaft angestellt und dann im Wege der Arbeitnehmerüberlassung an die Kliniken entliehen werden.

Die Personalkosten sollen mit diesem Schachzug deutlich sinken, da für die Mitarbeiter der ServicePlus-GmbH nicht der Ta-

rifvertrag für den öffentlichen Dienst, sondern der für das Arbeitnehmerüberlassungs-Gewerbe gilt. Hiernach sind deutlich niedrigere Löhne und Gehälter zu zahlen.

Diese Entscheidung wurde *gegen* die Stimmen der SPD-Mitglieder des Verwaltungsrates getroffen!

Wir gehen davon aus, dass die derzeit laufenden Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern zur Neugestaltung des Tarifrechtes des öffentlichen Dienstes im Frühjahr 2005 zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Die konsequente Umsetzung der Neuregelungen wird die notwendigen Kostenvorteile zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der beiden Kliniken bringen, so dass die Gründung der ServicePlus-GmbH voreilig erscheint.

Der Einführung dieser Gesellschaft steht die SPD aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnend gegenüber. In ihrer Folge erwarten wir eine nachhaltige Störung des Betriebsklimas, da es für die gleiche Arbeit, trotz gleicher Ausbildung, unter-

schiedliche Entlohnungen geben wird. Der eine Mitarbeiter, der noch direkt beim Kommunalunternehmen angestellt ist, erhält die Bezüge nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, der andere, der von der ServicePlus GmbH entliehen ist, wird nach den niedrigeren Sätzen des Arbeitnehmerüberlassungs-Gewerbes bezahlt. Der hierdurch zu erwartende Unfriede unter den Mitarbeitern lässt eine Gefährdung der erreichten Qualitätssteigerung an beiden Häusern (Weißenburger Tagblatt vom 09./10.10.2004) befürchten.

Da es künftig auch weiterhin Krankenhäuser geben wird, die nach den höheren Sätzen des Tarifs für den öffentlichen Dienst entlohnen, wird die ServicePlus GmbH mit ihren Niedriglöhnen bei der Gewinnung gut ausgebildeten Personals in erhebliche Schwierigkeiten geraten.

Ob unter diesen Umständen die Wettbewerbsfähigkeit der beiden Kliniken gesichert werden kann, wagen wir zu bezweifeln.

*Jürgen Schröppel, SPD-Kreisrat,
Mitglied des Verwaltungsrates*

Konsequenz aus Prognos-Studie:

Landkreis soll Sonderfördergebiet werden

Die Haundorfer Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Christa Naaß fordert in einem Antrag die Staatsregierung auf, bei den derzeit laufenden EU-Förderprogrammen ohne Gebietskulisse, wie dem Europäischen Sozialfonds und dem Programm Ländliche Entwicklung im Rahmen des Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds Landwirtschaft (EAGFL), einen Förderschwerpunkt im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen zu bilden. Der SPD-Kreisvorstand befasste sich mit den Ergebnissen der Prognos-Studie und der Tatsa-

che, dass der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen auf Platz 322 von 439 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland eingestuft ist.

„Nachdem unser Landkreis beim Gesamt-Ranking im Bereich der Gebiete mit Zukunftsrissen liegt, müssen wir ebenso behandelt werden wie Wunsiedel auf Platz 360, Kronach auf Platz 358, Freyung-Grafenau auf Platz 357, der Landkreis Hof auf Platz 336, Tirschenreuth auf Platz 327, Cham auf Platz 327 und die Stadt Hof, die sogar vor dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen auf Platz 284

liegt“, fordert Christa Naaß. Bei diesen bisherigen Fördergebieten wurden die Höchstsätze bei der Städtebauförderung und der Dorferneuerung auf 80 Prozent angehoben. Die Mindestinvestitionsgrenze der bayerischen Regionalförderung wurde von 500 000 Euro auf 250 000 Euro abgesenkt.

Analog zur derzeitigen Förderung in Ostbayern und Hochfranken sollte nach Meinung der SPD-Landtagsabgeordneten und des SPD-Kreisverbandes auch der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen behandelt werden.

Kurznotizen aus dem Stadtrat

Finanzielle Situation

Nachdem in den vergangenen Jahren die Finanzsituation der Stadt als „dramatisch“ bezeichnet werden konnte, pendelt sich nun die finanzielle Lage auf niedrigem Niveau ein. Die Gewerbesteuererhebungen, die ja vor ein paar Jahren fast vollständig eingebrochen waren, nehmen in diesem Jahr sogar wieder leicht zu.

In den Jahren 2003 und 2004 konnte allerdings nur deshalb ein genehmigungsfähiger Haushalt erstellt werden, weil einerseits zahlreiche Sparmaßnahmen ergriffen und andererseits die Investitionen auf niedrigstem Niveau gehalten wurden. Dadurch entsteht aber zurzeit ein Investitionsstau, da viele Anschaffungen nur „geschoben“ werden können. Aus diesem Grund muss sich der Stadtrat weiter Gedanken machen, wie dauerhafte Einsparungen erreicht werden können, um wieder Raum für Investitionen zu schaffen.

Volksfest 2005

Nachdem der bisherige Festwirt Karl Rachinger nicht mehr für die Ausrichtung des Pappenheimer Volksfestes zur Verfügung steht, wurde nach Alternativen gesucht. Zur Debatte stand, ob als Alternative zum gegenwärtigen Ablauf eine Art Altstadtfest nach dem Muster des Stadtjubiläumfestes 2002 durchgeführt wird. Doch sind die Besucherzahlen am Volksfest 2004 wieder etwas gestiegen, so dass man gegenwärtig versucht, einen neuen Festwirt zu gewinnen



Der SPD-Ortsverein Pappenheim lädt ein zu seinem Traditionellen Dreikönigs-**PREISSCHAFKOPF** am **6.1.2005 um 13.30 Uhr** im Gasthaus „Goldener Löwe“ in Pappenheim

und das Fest im gewohnten Rahmen beizubehalten. Entsprechende Verhandlungen laufen.

Sanierungsarbeiten am Schulhaus

Bei Besichtigungen des Pappenheimer Schulhauses wurde festgestellt, dass die feuchten Grundmauern dringend saniert werden müssen. Außerdem musste die Heizungsanlage repariert werden.

Kanalnetzüberarbeitung Pappenheim und Kläranlage in Osterdorf

Gemäß der Eigenüberwachungsverordnung ist die Stadt verpflichtet, bis Ende des Jahres 2005 sämtliche Kanalnetze in Form von Kanalbestandsplänen zu erfassen. Schäden sind durch optische Untersuchungen zu klassifizieren. Bisher wurde lediglich das Kanalnetz von Bieswang aufgenommen. Für die anderen Ortsteile ist eine Fristverlängerung für die Bestandserhebung durch das Wasserwirtschaftsamt in Aussicht gestellt. 2005 soll damit nur in der Kernstadt ein Kanalbestandsplan erstellt werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 100.000 Euro.

Über die Kläranlagensanierung in Osterdorf wurde in der November-sitzung entschieden. Das beauftragte Ingenieurbüro wurde angewiesen, eine Sanierung der beste-

Weihnachtsgedanken

Ein bisschen mehr Friede – und weniger Streit,
ein bisschen mehr Güte – und weniger Neid,
ein bisschen mehr Liebe – und weniger Hass,
ein bisschen mehr Wahrheit – das wäre was!
Statt soviel Unrast – ein bisschen mehr Ruh',
statt immer nur ICH – ein bisschen mehr DU,
statt Angst und Hemmung –
ein bisschen mehr Mut
und Kraft zum Handeln –
das wäre gut.

Liebe Pappenheimerinnen und Pappenheimer, Advent, Weihnachten – für viele Menschen ist damit der strahlende Glanz bunter Kerzen, das Leuchten von Kinderaugen und der Traum von weißer Weihnacht verbunden. Doch statt innerer Ruhe stellt sich dann doch eher Hektik ein, sei es bei den privaten Vorbereitungen oder durch den Druck, noch einige wichtige berufliche Dinge erledigen zu müssen.

Daher wünschen wir Ihnen, dass Weihnachten für Sie eine kleine Pause von der Alltagshektik bedeutet, dass Sie die festliche Stimmung genießen und Ruhe und Frieden bei Ihnen einkehren kann.

Der SPD-Ortsverein Pappenheim wünscht Ihnen und Ihrer Familie frohe Weihnachten sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2005.

henden Anlage anzustreben und die anfallenden Kosten hierfür zu ermitteln. Einleitungen in die Pappenheimer oder Treuchtlinger Anlage werden nicht mehr weiter in Betracht gezogen.

Windparkanlage in Bieswang

Seit einiger Zeit bemüht sich wieder ein Investor, im für Windenergienutzung geplanten Gebiet östlich von Bieswang Windanlagen zu errichten. Nach den Plänen der Firma sind drei Windmasten unmittelbar vor dem Wald vorgesehen. In einer Bürgerversammlung sollen nun die Bürger darüber informiert werden. Der Stadtrat will sich dabei auch ein Bild über die Meinung der Ortsteilbewohner machen.

Gerhard Gronauer

SPD Pappenheim geht online!

Unser Ortsverein ist ab **15.12.04** unter folgender Adresse im Netz: <http://spd.pappenheimaktiv.com>. Dort gibt's dann den aktuellen Rotstift zum Herunterladen und alle Infos und Termine rund um unseren Ortsverein. Viel Spaß beim Surfen! Impressum Rotstift: Herausgeber SPD-Ortsverein Pappenheim, V.i.S.d.P. Andreas Widmann, Zimmern 63, 91788 Pappenheim